



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
24. April 2008
Deutsch
Original: Englisch/Französisch

Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 5876. Sitzung des Sicherheitsrats am 24. April 2008 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Die Situation in Burundi“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat bekundet seine ernsthafte Besorgnis über die jüngsten Konfrontationen zwischen den Palipehutu-FNL und den Nationalen Verteidigungstreitkräften Burundis nach den Angriffen der Palipehutu-FNL und die dadurch verursachten Verluste von Menschenleben.

Der Sicherheitsrat verurteilt die Anwendung von Gewalt und fordert die beiden Parteien abermals auf, die am 7. September 2006 geschlossene Waffenruhe strikt zu achten. Er fordert die Palipehutu-FNL nachdrücklich auf, sofort und ohne Vorbedingungen wieder an dem Gemeinsamen Verifikations- und Überwachungsmechanismus teilzunehmen, und fordert beide Parteien auf, ihren Dialog wieder aufzunehmen, um die Hindernisse zu überwinden, die der Durchführung der Umfassenden Wafferruhevereinbarung im Weg stehen und den Abschluss des Friedensprozesses in Burundi verzögern.

Der Sicherheitsrat bekundet erneut seine Unterstützung für die Regionalinitiative, die Moderationstätigkeit Südafrikas und die anderen Partner Burundis und legt ihnen nahe, weiter engagiert zu bleiben, um die Parteien zur Überwindung der gegenwärtigen Krise und zur Durchführung des am 22. und 23. Februar 2008 beschlossenen Aktionsprogramms zu bewegen. Er befürwortet eine proaktive Rolle des Politischen Direktoriums in dieser Hinsicht.

Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, eine tatkräftige politische Rolle zur Unterstützung des Friedensprozesses wahrzunehmen und den Rat über die Entwicklungen in Burundi genau unterrichtet zu halten, auch im Rahmen seiner Berichte an den Sicherheitsrat über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (BINUB).

Der Sicherheitsrat betont, dass jeder Versuch, den Frieden in Burundi durch gewaltsame Mittel zu gefährden, unannehmbar ist, und bekundet seine Absicht, nach Bedarf mögliche Zusatzmaßnahmen zur Unterstützung des Friedens und der Stabilität in Burundi zu erwägen.